

Hollabrunn

aktuell

Mai 2012



Stadtrat
Markus Ganzberger
ÖVP-Clubobmann

Streithansl-Politik

Eines muss man Werner Gössl lassen: Er macht seinem Ruf als Polit-Streithansl alle Ehre.

Jahrelang verwüstete er das politische Klima in der Gemeinde Nappersdorf-Kammersdorf, führte sie im Ranking der höchsten Pro-Kopf-Verschuldung an die absolute Landesspitze und hinterließ mit nicht abgerechneten Essen-auf-Rädern-Geldern in Höhe von 45.000 Euro einen veritablen Polit- und Finanzskandal, der die Staatsanwälte beschäftigt.

Kein Wunder also, dass nicht einmal mehr sein Nachfolger im Bürgermeisteramt und seine Parteifreunde den Bezirksvorsitzenden in ihre Gemeinde einladen, nachdem er sich Richtung Hollabrunn abgesetzt hat.

Hier hatte er sich zunächst großspurig als nächster Bürgermeister präsentiert, um bei der Gemeinderatswahl 2010 dann aber eine handfeste Niederlage einzufahren und die SPÖ auf ein historisches Tief zu führen. Was ihn aber nicht davon abhielt, konsequent in die Streithansl-Rolle seines Landeschefs Leitner zu schlüpfen und es vom ersten Tag an auf Konfrontation und Provokation anzulegen.

Anecken um jeden Preis: Der ohne Begründung eingebrachte Streitantrag gegen Bürgermeister Erwin Bernreiter ist der vorläufige Höhepunkt dieser durchsichtigen Strategie, die von ihm ja längst nicht nur im politischen Leben an den Tag gelegt wird.

Nur die FPÖ geht ihm noch auf den Leim. Aber das ist eine andere Geschichte.

Volle Unterstützung für Erwin Bernreiter FPÖ auf Gössl-Streitkurs



In der Gemeinderatssitzung vom 11. Mai wurde der von Gemeinderat Werner Gössl gegen Bürgermeister Erwin Bernreiter eingebrachte Misstrauensantrag mit 22 zu 11 Stimmen abgelehnt. Das Ergebnis spiegelt exakt die Sitzverteilung im Gemeinderat wider: Die gesamte ÖVP-Fraktion steht geschlossen hinter ihrem Bürgermeister (der selbst nicht stimmberechtigt war).

Ganz offensichtlich hat also auch die FPÖ-Fraktion die Streiterklärung von Gössl unterstützt, nachdem Stadtrat Scharinger noch medial angekündigt hatte, dass es seitens der FPÖ jeweils zur Hälfte Pro- und Kontrastimmen geben würde. Weil jedoch Gemeinderätin Fasching nicht anwesend war, entzog man sich dem mathematischen Problem, drei Stimmen nicht halbieren zu können, auf andere Weise und lief gesamt in das Gössl-Lager über.

Höchst skurril die Begründung für das Abstimmungsverhalten der Blauen: Stadtrat Scharinger bezeichnete es wörtlich als „persönliche Retourkutsche“, weil er bei der konstituierenden Gemeinderatssitzung nicht alle Stimmen bekommen und keine persönliche Einladung zur Eröffnung der neuen Mountainbikestrecke im Hollabrunner Wald am 6. Mai erhalten hatte; dabei war diese eine öffentlich angekündigte Veranstaltung, zu der es gar keine Einladungen gegeben hat.

Ähnlich die Argumentationslinie von Gemeinderat Lausch: Ende Dezember hatte er in der NÖN öffentlich erklärt, dass für ihn die Pachtangelegenheit ordnungsgemäß erledigt sei und er einen allfälligen Misstrauensantrag nicht unterstützen wolle. In seiner Wortmeldung bei der Gemeinderatssitzung meinte er, dass er mit dem Antrag „nur teilweise glück-



Untrügliche Körpersprache: Misstrauen trotz gegenteiliger Absichtserklärung

lich“ sei und „kein politisches Kleingeld wechseln“ möchte – was ihn aber dennoch nicht davon abhielt, dann dem Bürgermeister sein persönliches Misstrauen auszusprechen.

Engagement auf Extraeinladung, persönliche Eitelkeiten, falsche Aussagen und Opportunismus pur: Wenigstens weiß man nun, woran man bei den Blauen wirklich ist. Bürgermeister Erwin Bernreiter konnte nach der von seinem Stellvertreter Ing. Alfred Babinsky geleiteten Sitzung jedenfalls nicht nur die Geschlossenheit seiner Fraktion registrieren. „Der 11. Mai hat auch eine deutliche Trennlinie gezogen: auf der einen Seite SPÖ und FPÖ mit ihrer deklarierten Streithanslpolitik. Und auf der anderen Seite das Team der Volkspartei, das sich auch von solchen unseriösen Manövern nicht beirren lassen und weiter mit vollem Einsatz für Hollabrunn arbeiten wird.“

Die Wahrheit zur Pacht

In der Begründung seines Streitanspruches behauptete Gemeinderat Gössl im Zusammenhang mit der Verpachtung von Gemeindegrundstücken in gewohnt gehässiger Kampfrhetorik offensichtliche Unwahrheiten und scheute auch nicht vor infamen persönlichen Unterstellungen zurück, die von den ÖVP-Stadträten Kornelius Schneider und Ing. Günter Schnötzinger entschieden zurückgewiesen wurden.

Tatsache ist, dass in Sitzungen des Prüfungsausschusses – unter aktiver Mitwirkung auch der in diesem Gremium vertretenen ÖVP-Gemeinderäte – festgestellt worden war, dass zu einzelnen bewirtschafteten Gemeindegrundstücken keine Pachtverträge vorlagen und demnach auch keine Pachtbeträge vorgeschrieben wurden. Wie die daraufhin vom Bürgermeister angeordneten Überprüfungen ergeben haben, handelt es sich dabei im gesamten Gebiet der Großgemeinde Hollabrunn um 33 verschiedene Grundstücke im Gesamtausmaß von 8,2 ha.

Insgesamt hat die Gemeinde 526 Ackerflächen im Gesamtausmaß von 190 ha an 222 verschiedene Landwirte verpachtet und vereinnahmt dafür einen Jahresbetrag von zusammen rd. 49.400 Euro. Der Anteil der nicht verrechneten Pachtflächen beträgt also 4 %. Meist handelt es sich dabei um so genannte „Zuackerungen“ aus aufgelassenen Wegen und an größere Felder angrenzende Kleinstflächen, die in der Natur gar nicht als eigene Parzellen erkennbar sind.

Auch Bürgermeister Bernreiter ist davon betroffen. Er bewirtschaftet insgesamt 9,47 ha Gemeindeäcker und hat für fünf verschiedene Randflächen von zusammen 0,47 ha keine Pachtvorschriften erhalten. Es geht um einen jährlichen Betrag von 159 Euro, der von ihm prompt für zehn Jahre – seit Betriebsübernahme – nachgezahlt worden ist.

„Die von Gössl erhobenen persönlichen Unterstellungen sind völlig unsachlich und aus der Luft gegriffen“, betont Stadtrat Leopold Hofbauer. „Vielmehr haben wir es hier mit einem lange zurück liegenden Verwaltungsfehler zu tun, der im Prüfungsausschuss festgestellt und rasch behoben worden ist.“ Die Pachtzahlungen sind für den gesetzlich zulässigen Zeitraum von drei Jahren nachverrechnet worden, und zwar selbstverständlich jeweils zu den in der Gemeinderatssitzung vom 13. Dezember 2011 angehobenen Sätzen – keine Rede also davon, dass „nach eigenem Ermessen“ bezahlt worden wäre, wie Gössl vollmundig tönte.

Von völliger Unkenntnis zeugt auch seine in den Raum gestellte Behauptung, es gehe um eine Flächendifferenz von 100 ha. Tatsächlich verfügt die Gemeinde über 225,8 ha Landwirtschaftsfläche, wovon 198,2 ha verpachtet und 27,6 ha nicht verpachtet, weil nicht bewirtschaftbar sind.

Missbrauch der Demokratie

„Einen Misstrauensantrag mit derart fadenscheinigen Motiven und falschen Behauptungen zu unterlegen ist ein krasser Missbrauch dieses wichtigen demokratischen Rechts“, hält ÖVP-Clubobmann Markus Ganzberger fest. „Ganz offensichtlich geht es Gössl nur um eine billige Show und eine öffentliche Bühne für seine populistische Streithanspolitik.“

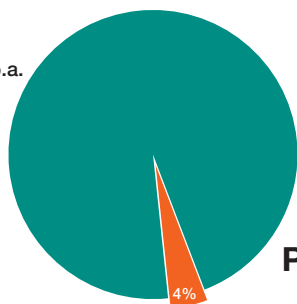
Dass Bürgermeister Bernreiter in der Gemeinderatssitzung vom 27. März die von Gössl eingebrachten Tagesordnungspunkte zum Thema Pachtverträge in den nichtöffentlichen Teil verlegt hat, geschah selbstverständlich in völligem Einklang mit der Gemeindeordnung, auf deren penible Einhaltung der SPÖ-Listenfürher sonst so gerne pocht. „Die Unterlagen wurden teilweise wenige Stunden vor Sitzungsbeginn, teilweise gar nicht beigebracht, sodass eine ordnungsgemäße Aufbereitung des Themas nicht möglich war“, erläutert Bürgermeister Bernreiter. „Außerdem bin ich als Sitzungsleiter auch für die Wahrung der persönlichen Rechte der Gemeindebürger und die Einhaltung des Datenschutzes verantwortlich.“

Verpachtete Flächen

Pachtvertrag vorhanden

190 ha / 526 Flächen

€ 49.400,00 p.a.



kein

Pachtvertrag

8,2 ha / 33 Flächen

€ 2.100,00 p.a.

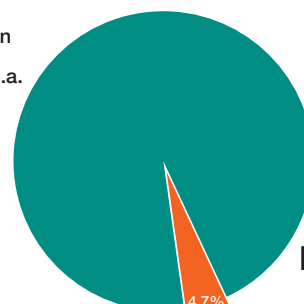
Nachverrechnet
€ 8.000,00

Pachtflächen Bernreiter

Pachtvertrag vorhanden

9,47 ha / 18 Flächen

€ 3.138,31 p.a.



kein

Pachtvertrag

0,47 ha / 5 Flächen

€ 159,00 p.a.

Nachverrechnet
€ 1.590,00